

Niederschrift

über die **8. öffentliche Sitzung**
der Stadtverordnetenversammlung am
Montag, 30. Januar 2012, 16:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste

Stadtverordnetenvorsteherin Friedrich eröffnet die mit der Einladung vom 19. Januar 2012 ordnungsgemäß einberufene 8. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt die Stadtverordnetenversammlung der Verstorbenen Livia von Vassko. Livia von Vassko ist am 10. Januar verstorben. Sie gehörte der Stadtverordnetenversammlung als Mitglied der CDU-Fraktion von Juli 1984 bis März 1985 und Januar 1992 bis März 1993 sowie dem Ortsbeirat Harleshausen von 1989 bis 1993 an. Darüber hinaus engagierte sie sich von 1993 bis 1997 als Stadträtin zum Wohl der Stadt. Die Stadt Kassel wird Livia von Vassko ein ehrendes Andenken bewahren.

Zur Tagesordnung

Stadtverordneter Geselle beantragt die Erweiterung der Tagesordnung I um den gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, B90/Grüne, CDU und FDP betr. Klärung Medienöffentlichkeit, 101.17.335.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: Stadtverordneter Petersen
den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag auf Erweiterung der TO I um den gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, B90/Grüne, CDU und FDP betr. Klärung Medienöffentlichkeit, 101.17.335, wird **zugestimmt**.

Vorsitzende Friedrich stellt fest, dass sie den gemeinsamen Antrag nach Tagesordnungspunkt 10 aufrufen wird.

Stadtverordneter Bayer, Piraten, beantragt den Tagesordnungspunkt

12. Bebauung Henschelgarten

Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung

- 101.17.231 -

von der Tagesordnung II in die Tagesordnung I zu übernehmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, Stadtverordnete Bayer, Petersen und Häfner

Ablehnung: FDP

Enthaltung: CDU

den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag von Stadtverordneten Bayer, Piraten, auf Übernahme des Tagesordnungspunktes 12 von der Tagesordnung II in die Tagesordnung I wird **zugestimmt**.

Vorsitzende Friedrich teilt mit, dass sie den Tagesordnungspunkt in die Tagesordnung I der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung aufnehmen wird.

Stadtverordneter Boeddinghaus, Kasseler Linke, beantragt den Tagesordnungspunkt

24. Finanzierbarkeit des Ankaufs von Wohnstadt-Wohnungen durch die GWG

Antrag der Fraktion Kasseler Linke

- 101.17.302 -

von der Tagesordnung II in die Tagesordnung I zu übernehmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Stadtverordneter Häfner

Enthaltung: Stadtverordnete Bayer und Petersen

den

Beschluss

Der Geschäftsordnungsantrag von Stadtverordneten Boeddinghaus, Fraktion Kasseler Linke, auf Übernahme des Tagesordnungspunktes 24 von der Tagesordnung II in die Tagesordnung I wird **abgelehnt**.

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Stadtverordnetenvorsteherin Friedrich stellt die geänderte Tagesordnung fest.

Tagesordnung I

1. Einführung von Stadtverordneten

Herr Christof Nolda und Herr Bathon sind zum 31. Dezember 2011 aus der Stadtverordnetenversammlung ausgeschieden.

Entsprechend den Wahlvorschlägen der Parteien sind ab 1. Januar 2012 als nächste gewählte Bewerber in die Stadtverordnetenversammlung nachgerückt

für die Fraktion B90/Grüne

Frau Dorothee Köpp

für die CDU-Fraktion

Herr Bodo Schild.

2. Mitteilungen

Stadtverordnetenvorsteherin Friedrich gibt bekannt, dass Herr Michael Bathon (CDU) sein Mandat in der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Kassel zum 24. Januar 2012 niedergelegt hat.

Als Wahlleiterin für die Wahl der Mitglieder der Stadt Kassel in die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Kassel stellt sie sein Ausscheiden und das seines persönlichen Vertreters, Herrn Bernd-Peter Doose, fest.

Entsprechend dem Wahlvorschlag der CDU-Fraktion vom 10. Mai 2011 rückt nach als Mitglied

- Bernd-Peter Doose

und als dessen persönlicher Vertreter

- Dominique Kalb

3. Vorschläge der Ortsbeiräte

Es liegen keine Vorschläge der Ortsbeiräte vor.

4. Fragestunde

Die Fragen Nr. 89 bis 92 und die Fragen Nr. 94 bis 105 sind beantwortet. Die Frage Nr. 93 wird für die nächste Sitzung vorgemerkt. Die Frage Nr. 103 wird mit Hinweis auf § 13 (2) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung zurückgewiesen, da sie Tagesordnungspunkt 10, betr. Dezentrale Bürgerbüros erhalten, 101.17.189, der heutigen Tagesordnung betrifft.

5. Wahl einer Schiedsperson für den Bezirk XVI - Kassel Bettenhausen -

Vorlage des Magistrats
- 101.17.293 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wählt Herrn
Bernd Weber, geb. am 08.07.1943 in Kassel
Beruf: Rentner, wh. Fasanenweg 37, 34123
Kassel als Schiedsperson für den Bezirk XVI
- Kassel-Bettenhausen - für die nächste Amtsperiode.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Wahl einer Schiedsperson für den Bezirk XVI
- Kassel Bettenhausen -, 101.17.293, wird **zugestimmt**.

6. Wahl einer Schiedsperson für den Bezirk VIII - Kassel Harleshausen -
Vorlage des Magistrats
- 101.17.294 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wählt Herrn
Gösta Ehrhardt, geb. am 16.09.1944 in Greifenhagen
Beruf: Rentner, wh. Firnskuppenstraße 7, 34128
Kassel als Schiedsperson für den Bezirk VIII - Kassel-
Harleshausen - für die nächste Amtsperiode.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Wahl einer Schiedsperson für den Bezirk VIII
- Kassel Harleshausen -, 101.17.294, wird **zugestimmt**.

7. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. VII/58 "An der Söhrebahn"
(Behandlung der Anregungen und Beschlussfassung als Satzung)

Vorlage des Magistrats

- 101.17.296 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Dem Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. VII/58 An der Söhrebahn und der
Behandlung der Anregungen wird zugestimmt.“

Folgenden Anregungen wird gefolgt:

Ziffern 3.1, 5.4, 7.1, 8.1, 10.1

Folgenden Anregungen wird nicht gefolgt:

Ziffern 1.1, 1.3, 8.2, 9.1, 9.8, 10.2

Folgende Anregungen werden als Hinweis zur Kenntnis genommen:

Ziffern 1.2, 2.1, 2.2, 4.1, 5.1, 5.2, 6.1, 9.5, 9.7

Folgende Einwände, Bedenken und Hinweise werden zurückgewiesen:

Ziffern 5.3, 9.2 - 9.4, 9.6, 9.9, 9.10a – 9.10d

Der Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. VII/58 An der Söhrebahn wird nach
§ 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. VII/58 "An der Söhrebahn" (Behandlung der Anregungen und Beschlussfassung als Satzung), 101.17.296, wird **zugestimmt**.

8. Keine Rüstungsexporte aus Kassel Antrag der Fraktion Kasseler Linke - 101.17.164 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Aufruf „Keine Panzer aus Kassel! Stoppt den Rüstungsexport nach Saudi Arabien!“ verschiedener Kasseler Initiativen, in dem sich gegen die vom Bundessicherheitsrat genehmigte Lieferung von 200 Kampfpanzern, deren Produktion und Lieferung u.a. durch die Kasseler Firma Krauss-Maffei Wegmann stattfindet, ausgesprochen wird.

Darüber hinaus spricht sich die Stadtverordnetenversammlung für die Konversion der Kasseler Rüstungsfirmen aus, damit Arbeitsplätze und Gewerbesteuerereinnahmen nicht von Rüstungsproduktion abhängig sind.

Fraktionsvorsitzender Domes, Kasseler Linke, begründet den Antrag.

Im Verlauf der Diskussion ändert Stadtverordneter Aulepp, Fraktion Kasseler Linke, den Antrag entsprechend dem Änderungsvorschlag der Fraktion B90/Grüne ab.

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt **das Vorhaben** „Keine Panzer aus Kassel! Stoppt den Rüstungsexport nach Saudi Arabien!“ verschiedener Kasseler Initiativen, in dem sich gegen die vom Bundessicherheitsrat genehmigte Lieferung von 200 Kampfpanzern, deren Produktion und Lieferung u.a. durch die Kasseler Firma Krauss-Maffei Wegmann stattfindet, ausgesprochen wird.

Darüber hinaus spricht sich die Stadtverordnetenversammlung für die Konversion der Kasseler Rüstungsfirmen aus **und unterstützt mögliche Initiativen der Geschäftsleitung, Belegschaft, des Betriebsrates und der Gewerkschaften**, damit Arbeitsplätze und Gewerbesteuerereinnahmen nicht von Rüstungsproduktion abhängig sind.

Stadtverordneter Boeddinghaus, Kasseler Linke, beantragt namentliche Abstimmung.

Abstimmungsliste				
		Ja	Nein	Enthaltung
Dr. Rabani	Alekuzei		X	
Simon	Aulepp	X		
Doğan	Aydın		X	
Jörg-Peter	Bayer	X		
Dr. Maik	Behschad	- entschuldigt -		
Dieter	Beig	- entschuldigt -		
Anke	Bergmann		X	
Jürgen	Blutte	X		
Judith	Boczkowski	X		
Kai	Boeddinghaus	X		
Barbara	Bogdon		X	
Kaja	Börner		X	
Wolfgang	Decker, MdL		X	
Dirk	Döhne	- entschuldigt -		
Norbert	Domes	X		
Bernd-Peter	Doose		X	
Heinz-Gunter	Drubel		X	
Dr. Manuel	Eichler		X	
Uwe	Frankenberger, MdL		X	
Petra	Friedrich		X	
Ruth	Fürsch	X		
Renate	Gaß	X		
Christian	Geselle		X	
Bernd Wolfgang	Häfner		X	
Dr. Rainer	Hanemann		X	
Hermann	Hartig	- abwesend -		
Christine	Hesse	X		
Dr. Bernd	Hoppe	X		
Dr. Martina	van den Hövel-Hanemann	X		
Norbert	Hornemann		X	
Gabriele	Jakat		X	
Dr. Andreas	Jürgens, MdL	X		
Dominique	Kalb		X	
Esther	Kalveram		X	
Wolfram	Kieselbach	- entschuldigt -		

Christian	Knauf		X	
Eva	Koch	X		
Thomas	Koch	X		
Dorothee	Köpp	X		
Stefan	Kortmann		X	
Eva	Kühne-Hörmann	- entschuldigt -		
Ellen	Lappöhn		X	
Marcus	Leitschuh	- abwesend -		
Georg	Lewandowski		X	
Kerstin	Linne	X		
Anja	Lipschik	X		
Boris	Mijatovic	X		
Karin	Müller, MdL	X		
Frank	Oberbrunner		X	
Olaf	Petersen	X		
Heidemarie	Reimann		X	
Gernot	Rönz	X		
Dr. Michael	von Rüden	- entschuldigt -		
Wolfgang	Rudolph		X	
Bodo	Schild		X	
Joachim	Schleißing	X		
Dr. Günther	Schnell		X	
Karl	Schöberl	X		
Jutta	Schwalm	- abwesend -		
Axel	Selbert	X		
Monika	Sprafke		X	
Norbert	Sprafke		X	
Waltraud	Stähling-Dittmann		X	
Donald	Strube	- entschuldigt -		
Birgit	Trinczek		X	
Harry	Völler			x
Helga	Weber	X		
Dr. Jörg	Westerburg		X	
Dr. Norbert	Wett	- entschuldigt -		
Sabine	Wurst		X	
Volker	Zeidler		X	

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
25 Ja-Stimmen
34 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
den

Beschluss

Der geänderte Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Keine Rüstungsexporte aus Kassel, 101.17.164, wird **abgelehnt**.

9. Sofortiger Bau-, Ausschreibungs- und Vergabestopp für den Neubau des Flughafens Kassel Calden

Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.180 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass sich die Investitionskosten für den Neubau des Flughafens Kassel Calden auf mindestens 248 Millionen Euro erhöhen werden. Weitere 22 Millionen Euro werden vom Land Hessen bereit gestellt.
2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, die VertreterInnen in der Flughafen GmbH zu beauftragen, sich für einen sofortigen Bau-, Ausschreibungs- und Vergabestopp einzusetzen.
3. Der Magistrat wird beauftragt, folgende weiterführende Unterlagen zur ergänzenden Beratung von der Flughafen GmbH bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung einzufordern bzw. zu erstellen.
 - Die aktualisierte Kostenberechnung nach DIN 276 mit einer Erläuterung der jeweiligen Berechnungsgrundlage.
 - Eine Finanzierungszusage des Landes Hessen zur Übernahme der jetzt bekannten und aller weiterer Mehrkosten, auch aller Finanzierungslasten.
 - Eine Übersicht der zusätzlichen Kosten, die durch die Bereitstellung der Investitionssumme den Haushalt der Stadt Kassel direkt belasten bzw. durch die Beteiligung auf die Stadt Kassel umgelegt werden.
 - Eine Prognose der zukünftigen Betriebsergebnisse bis 2021 auf Grundlage der heute vorliegenden Erkenntnisse, gerade in Hinblick auf das öffentliche und private Desinteresse.
 - Eine detaillierte Gegenüberstellung der möglichen Neubaugesamt- und Folgekosten (Kreditkosten, Betriebsdefizit u.a.) mit dem Stand der aktuell verausgabten Mittel und offenen Forderungen, einschließlich etwaiger Rückbaukosten, die für eine anderweitige Nutzung des Geländes unabdingbar wären.

Nach Vorlage der Unterlagen entscheidet die Stadtverordnetenversammlung über das weitere Vorgehen.

Stadtverordneter Boeddinghaus, Kasseler Linke, begründet den Antrag für seine Fraktion. Es schließt sich eine rege Diskussion an, in deren Verlauf Stadtverordneter Boeddinghaus beantragt den Absatz 2 getrennt abzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: B90/Grüne, Kasseler Linke, Stadtverordnete Dr. Hoppe (SPD),
Bayer und Petersen
Ablehnung: SPD, CDU, FDP, Stadtverordneter Häfner
Enthaltung: --
den

Beschluss

Die Absätze 1 und 3 des Antrages der Fraktion Kasseler Linke betr. Sofortiger Bau-, Ausschreibungs- und Vergabestopp für den Neubau des Flughafens Kassel Calden, 101.17.180, werden **abgelehnt**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: B90/Grüne, Kasseler Linke, Stadtverordnete Dr. Hoppe (SPD),
Bayer und Petersen
Ablehnung: SPD, CDU, FDP, Stadtverordneter Häfner
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Absatz 2 des Antrages der Fraktion Kasseler Linke betr. Sofortiger Bau-, Ausschreibungs- und Vergabestopp für den Neubau des Flughafens Kassel Calden, 101.17.180, wird **abgelehnt**.

- 10. Dezentrale Bürgerbüros erhalten**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.189 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert,
das Bürgerbüro Ost (Bezirksstelle Bettenhausen) sowie die weiteren Bürgerbüros im Norden, Harleshausen und Niederrhede langfristig zu erhalten.

Stadtverordneter Selbert, Kasseler Linke, begründet den Antrag. Im Rahmen der Diskussion berichtet Oberbürgermeister Hilgen über die Entwicklungen der letzten Jahre betr. Bürgerbüros und Bürgerservice und deren Konsequenzen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke, Stadtverordnete Bayer, Petersen und Häfner
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Dezentrale Bürgerbüros erhalten, 101.17.189, wird **abgelehnt**.

11.1 Klärung Medienöffentlichkeit

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, B90/Grüne, CDU und FDP
- 101.17.335 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Aufgrund der Neufassung des § 52 Abs. 3 Hessische Gemeindeordnung (HGO) wird aus der Mitte des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit der Frage, ob und ggf. inwieweit die Hauptsatzung der Stadt Kassel betreffend die Zulässigkeit und Herstellung von Medienöffentlichkeit in öffentlichen Sitzungen geändert werden soll, zu befassen hat und entsprechende Vorschläge für das Plenum erarbeiten soll. Den Vorsitz der Arbeitsgruppe führt die Stadtverordnetenvorsteherin.

Stadtverordneter Selbert, Kasseler Linke, hält eine Arbeitsgruppe nicht erforderlich, da man dieses Thema auch im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen direkt behandeln kann.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, B90/Grüne, CDU und FDP betr. Klärung Medienöffentlichkeit, 101.17.335, wird **zugestimmt**.

11. Kommunale Abfall-Hoheit im Kreislaufwirtschaftsgesetz absichern

Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.255 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel fordert die Hessische Landesregierung auf, dem Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) - Entwurf des Bundes in der abschließenden Bundesratsbefassung nicht mitzutragen, da ansonsten die kommunale Abfallwirtschaft massiv gefährdet wird.

In einem neuen KrWG ist stattdessen die kommunale Hoheit über die Wertstoffsammlung und –verwertung aus privaten Haushalten als unverzichtbarer Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge sicherzustellen.

Fraktionsvorsitzender Domes, Fraktion Kasseler Linke, begründet den Antrag.
Im Verlauf der Beratung bezieht Bürgermeister Kaiser Stellung zu den Redebeiträgen der Stadtverordneten.

Fraktionsvorsitzender Domes, Fraktion Kasseler Linke, übernimmt den von Stadtverordneten Völler, SPD-Fraktion, eingebrachten Änderungsvorschlag.

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel fordert die Hessische Landesregierung auf, dem Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) - Entwurf des Bundes in der abschließenden Bundesratsbefassung nicht mitzutragen, da ansonsten die kommunale Abfallwirtschaft massiv gefährdet wird.

In einem neuen KrWG ist stattdessen die kommunale Hoheit über die Wertstoffsammlung und -verwertung aus privaten Haushalten als unverzichtbarer Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge sicherzustellen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Vermittlungsausschuss des Bundesrates, sich entsprechend diesen Grundsätzen einzusetzen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, Stadtverordnete Bayer, Petersen
und Häfner

Ablehnung: CDU, FDP

Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem geänderten Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Kommunale Abfall-Hoheit im Kreislaufwirtschaftsgesetz absichern, 101.17.255, wird **zugestimmt**.

Tagesordnung II (ohne Aussprache)

12. Bebauung Henschelgarten

Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung
- 101.17.231 -

Abgesetzt

13. Winterdienst

Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung
- 101.17.250 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„ § 4a der Winterdienstsatzung der Stadt Kassel betr. Pflichtgemeinschaft wird um eine weitere Regelung ergänzt.

Neuer Absatz:

Liegen im Bereich einer Straße gleichzeitig die Pflichtgemeinschaften nach § 4a Absatz 2 und Absatz 3 der Winterdienstsatzung (Straße mit nur 1 Gehweg und mit mehreren hintereinander liegenden Grundstücken), so sind alle beteiligten Grundstückseigentümer abwechselnd winterdienstpflichtig. Sie sollen die Winterdienstarbeiten durch schriftliche Vereinbarung aufteilen.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: --
Ablehnung: einstimmig
Enthaltung: --
den

Beschluss

Die Bürgereingabe nach § 20a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. Winterdienst, 101.17.250, wird **abgelehnt**.

14. documenta-Zentrum

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.17.261 -

Geänderter gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird aufgefordert, unter Beteiligung von

- **Hess. Ministerium für Wissenschaft und Kunst**
- documenta-Archiv
- documenta GmbH
- documenta Forum
- Universität Kunsthochschule Kassel
- Kunsthalle
- Neuer Galerie

die Ergebnisse der bisherigen Diskussion zu einem Handlungsszenario zusammenzustellen, das die Institutionalisierung des documenta-Zentrums in Gründung ermöglicht.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem geänderten gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. documenta-Zentrum, 101.17.261, wird **zugestimmt**.

15. Prüfauftrag zur Gründung einer "Internationalen Schule"

Antrag der FDP-Fraktion
- 101.17.267 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen die Gründung einer „Internationalen Schule“ mit bilingualer Ausrichtung in Kassel unter finanzieller Einbeziehung der ansässigen Wirtschaftsunternehmen und mit Unterstützung des Landes Hessen realisiert werden kann.

Zunächst beginnend als Grundschule der Klassen 1-4, in Verzahnung mit bereits bestehenden Schulen, kann eine spätere Ausweitung auf die Sekundarstufe I und II erfolgen.

Zur Findung geeigneter Räumlichkeiten soll auch eine Überprüfung leerstehender Immobilien, geschlossener oder zu schließender Schulen sowie räumlicher Überkapazitäten in bestehenden Schulen vorgenommen werden.

➤ **Änderungsantrag der CDU-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat **der Stadt Kassel** wird aufgefordert, **weiterhin zusammen mit dem Land Hessen** die Gründung **und Realisierung** einer „Internationalen Schule“ mit bilingualer Ausrichtung **durch ansässige Wirtschaftsunternehmen in Kassel nach Kräften zu unterstützen und zu berichten.**

Zunächst **soll eine** Grundschule mit den Klassen 1 bis 4 **eingerrichtet werden, eine Erweiterung in die Sekundarstufe I und Sekundarstufe II soll später möglich sein.**

Zur Findung geeigneter Räumlichkeiten soll auch eine Überprüfung leerstehender Immobilien **sowie freier Kapazitäten an Kasseler Schulen (z. B. FWS) durch die Stadt Kassel erfolgen.**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: CDU

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, Stadtverordnete Bayer und Petersen

Enthaltung: FDP, Stadtverordneter Häfner
den

Beschluss

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der FDP-Fraktion betr. Prüfauftrag zur Gründung einer "Internationalen Schule", 101.17.267, wird **abgelehnt.**

➤ **Änderungsantrag der Fraktion B90/Grüne**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten über den aktuellen Stand der möglichen Einführung einer „Internationalen Schule“ unter Bezugnahme unter anderem auf die folgenden Kriterien zu berichten:

- zunächst beginnend als Grundschule der Klassen 1 bis 4
- eine spätere Ausweitung auf die Sekundarstufe I und II
- Überprüfung leerstehender Immobilien sowie freier Kapazitäten an Kasseler Schulen (z. B. FWS) durch die Stadt Kassel zur Findung geeigneter Räumlichkeiten

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: CDU, Stadtverordneter Häfner
den

Beschluss

Dem Änderungsantrag der Fraktion B90/Grüne zum Antrag der FDP-Fraktion betr. Prüfauftrag zur Gründung einer "Internationalen Schule", 101.17.267, wird **zugestimmt.**

➤ **Durch Änderungsantrag der Fraktion B90/Grüne geänderter Antrag der FDP-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten über den aktuellen Stand der möglichen Einführung einer „Internationalen Schule“ unter Bezugnahme unter anderem auf die folgenden Kriterien zu berichten:

- zunächst beginnend als Grundschule der Klassen 1 bis 4
- eine spätere Ausweitung auf die Sekundarstufe I und II
- Überprüfung leerstehender Immobilien sowie freier Kapazitäten an Kasseler Schulen (z. B. FWS) durch die Stadt Kassel zur Findung geeigneter Räumlichkeiten

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem durch Änderungsantrag der Fraktion B90/Grüne geänderten Antrag der FDP-Fraktion betr. Prüfauftrag zur Gründung einer "Internationalen Schule", 101.17.267, wird **zugestimmt**.

16. Renaturierung Fließgewässer

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne

- 101.17.272 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, über den Stand der Renaturierung von Fließgewässern in der Stadt Kassel zu berichten. Insbesondere ist darzustellen, welche Projekte und Maßnahmen in den nächsten Jahren realisiert werden sollen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Renaturierung Fließgewässer, 101.17.272, wird **zugestimmt**.

17. **Energieeffiziente Sanierung und Einsatz erneuerbarer Energien für städtische Liegenschaften**

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne
- 101.17.279 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Wir fordern den Magistrat auf, einen Maßnahmenplan zur energetischen Sanierung der städtischen Liegenschaften auf der Grundlage des städtischen Gebäudesanierungsprogrammes vorzulegen.

Hierbei sollen die Kosten und insbesondere auch die möglichen Energie-Einsparpotenziale der einzelnen Maßnahmen dargestellt werden. Die Erstellung des Konzepts könnte in Kooperation mit Solarcampus an der Universität Kassel erfolgen. Hier werden seit 2005 Energieeinsparpotenziale im Gebäudebestand der Universität identifiziert und Maßnahmen zu deren Erschließung erarbeitet.

Bei allen Neubau- und Sanierungsmaßnahmen für städtische Gebäude (Schulen, Sporthallen, Verwaltungsgebäude etc.) ist seitens des Hochbauamtes zu prüfen, in welcher Form erneuerbare Energien (z. B. Solarwärme, Biomasse) zu Heizzwecken und/oder zur Warmwasserversorgung zum Einsatz kommen können. Die Nutzung erneuerbarer Energien (in einem Umfang von mindestens 15 %, bezogen auf den Endenergiebedarf) soll für all diese Bauvorhaben der Regelfall sein. Sollten nach dem Einsatz von Solarkollektoren noch geeignete Dachflächen zur Verfügung stehen, ist zu prüfen, inwieweit diese Flächen für den Bau von Photovoltaik-Anlagen genutzt werden können.

Auf die Nutzung erneuerbarer Energien darf nur verzichtet werden, wenn nachvollziehbar dokumentiert wird, dass sich über einen Betrachtungszeitraum von 20 Jahren unter Berücksichtigung von Investitions- und Betriebskosten kein wirtschaftlicher Vorteil erzielen lässt.

Zur Finanzierung der Maßnahmen soll geprüft werden, ob Contracting-Modelle, beispielsweise mit den Städtischen Werken, zum Einsatz kommen können.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Energieeffiziente Sanierung und Einsatz erneuerbarer Energien für städtische Liegenschaften, 101.17.279, wird **zugestimmt**.

18. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Abrechnung der Gastschulbeiträge und Entgelte für die Beschulung von Schülerinnen und Schülern des Landkreises Kassel und der Stadt Kassel im Beruflichen Gymnasium an der Elisabeth-Knippling-Schule, Schwerpunkt Gesundheit, in Kooperation mit der Willy-Brandt-Schule, Berufliche Schule des Landkreises Kassel

Vorlage des Magistrats
- 101.17.283 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Abrechnung der Gastschulbeiträge und Entgelte für die Beschulung von Schülerinnen und Schülern des Landkreises Kassel und der Stadt Kassel im Beruflichen Gymnasium an der Elisabeth-Knippling-Schule, Schwerpunkt Gesundheit, in Kooperation mit der Willy-Brandt-Schule, Berufliche Schule des Landkreises Kassel, in der aus der Anlage ersichtlichen Fassung zu und hebt den Beschluss vom 8. Juni 2009 (Vorlage Nr. 101.16.1300) auf.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Abrechnung der Gastschulbeiträge und Entgelte für die Beschulung von Schülerinnen und Schülern des Landkreises Kassel und der Stadt Kassel im Beruflichen Gymnasium an der Elisabeth-Knippling-Schule, Schwerpunkt Gesundheit, in Kooperation mit der Willy-Brandt-Schule, Berufliche Schule des Landkreises Kassel, 101.17.283, wird **zugestimmt**.

19. Nutzung Hallenbad Ost

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.17.284 -

Geänderter Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, gemeinsam mit **den Städtischen Werken**, der Denkmalschutzbehörde und der Wirtschaftsförderung kreativ und unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeitsaspekten Nutzungsmöglichkeiten für das Gebäude des ehemaligen Hallenbades Ost aufzuzeigen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem geänderten Antrag der CDU-Fraktion betr. Nutzung Hallenbad Ost, 101.17.284, wird **zugestimmt**.

20. **Attraktivierung Rainer-Dierichs-Platz**

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.285 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, einen Konzeptvorschlag zur gestalterischen Attraktivierung des Rainer-Dierichs-Platzes zu unterbreiten. Dabei ist besonders zu untersuchen, wie durch ein für das Gesamtensemble verträgliches und den Platzcharakter unterstreichendes Bepflanzungskonzept z.B. mit Kübelpflanzen oder geeigneten Bäumen im Randbereich eine Auflockerung der Asphaltfläche erreicht und ggf. durch eine durchdachte Stadtmöblierung zusätzliche Aufenthaltsqualität geschaffen werden kann.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: CDU, Kasseler Linke

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, FDP, Stadtverordnete Bayer und Häfner

Enthaltung: Stadtverordneter Petersen

den

Beschluss

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Attraktivierung Rainer-Dierichs-Platz, 101.17.285, wird **abgelehnt**.

21. **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2011; - Liste 14/2011 -**

Vorlage des Magistrats
- 101.17.289 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt gemäß § 114 g Abs. 1 HGO die in der beigefügten Liste 14/2011 enthaltene über- und außerplanmäßige Aufwendung / Auszahlung

im Ergebnishaushalt in Höhe von 120.000,00 €.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2011; - Liste 14/2011 -, 101.17.289, wird **zugestimmt**.

22. Vorhabenbezogener Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. VIII/7 "Frankfurter Straße 174" (Aufstellungs- und Offenlegungsbeschluss)

Vorlage des Magistrats
- 101.17.295 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Aufstellung und dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes der Stadt Kassel Nr. VIII/7 „Frankfurter Straße 174“ gemäß § 12 Baugesetzbuch (BauGB) wird zugestimmt. Das Bebauungsplanverfahren wird beschleunigt nach § 13a BauGB durchgeführt. Ziel und Zweck der Planung ist die Errichtung eines drei- bis viergeschossigen Einzelhandels- und Bürogebäudes.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes wird begrenzt im Nordwesten durch den Töpfenhofweg, im Südwesten durch die Nachbargrenzen zu den Grundstücken Silberbornstraße 2 A, 2 B und Frankfurter Straße 176, im Südosten durch die Frankfurter Straße und im Osten und Nordosten durch die Güterbahnhofstraße.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Vorhabenbezogener Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. VIII/7 "Frankfurter Straße 174" (Aufstellungs- und Offenlegungsbeschluss), 101.17.295, wird **zugestimmt**.

23. Stellplatzsatzung

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.17.298 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die aktuelle Stellplatzsatzung im Hinblick auf eine mögliche Steuerfähigkeit der Nutzung der verschiedenen Verkehrsmittel zu überprüfen. Weiterhin ist zu überprüfen, ob die Stellplatzsatzung quartiersbezogen überarbeitet werden muss. Dabei sind insbesondere die Aspekte Nachnutzung und sozialer Wohnungsbau in den Blick zu nehmen. Um eine qualifizierte Evaluierung der vorhandenen Stellplatzsatzung unter Beteiligung der Fraktionen zu erreichen, ist im Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr eine Anhörung mit Fachleuten durchzuführen. Die Benennung der Fachleute soll außer durch den Magistrat von den Fraktionen erfolgen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Stellplatzsatzung, 101.17.298, wird **zugestimmt**.

24. Finanzierbarkeit des Ankaufs von Wohnstadt-Wohnungen durch die GWG

Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.302 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die GWG - Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel mbH wird aufgefordert eine Stellungnahme zu möglichem Ankauf, Kosten und Finanzierung der zum Verkauf stehenden Wohnungen der Nassauischen Heimstätte / Wohnstadt zu erarbeiten und vorzulegen.

Der Magistrat wird beauftragt Gespräche zum Erhalt des Bestandes dieser Wohnungen zu führen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Stadtverordnete Bayer, Petersen und Häfner

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Finanzierbarkeit des Ankaufs von Wohnstadt-Wohnungen durch die GWG, 101.17.302, wird **abgelehnt**.

25. Nutzung der Freibäder Bad Wilhelmshöhe und Harleshausen

Antrag der FDP-Fraktion
- 101.17.304 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Freibäder Bad Wilhelmshöhe und Harleshausen unter Beachtung notwendigster, wirtschaftlich gerade noch vertretbarer verkehrssicherungspflichtiger Erfordernisse in dem bisherigen Zustand zur Nutzung freizugeben, bis nach Ablauf von 6 Monaten nach Fertigstellung und Öffnung des Kombibades am Auedamm die ersten Erfahrungen mit Besuchern gemacht worden sind. Dabei sollte in einer Befragung festgestellt werden, woher die Besucher kommen, wie sich das Freizeitverhalten gestaltet und welche Wünsche, Bedarfe und Vorstellungen im Zusammenhang mit Freibädern geäußert werden.

Das Ergebnis der Umfrage ist im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen vorzustellen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: FDP, Stadtverordneter Häfner

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, Kasseler Linke, Stadtverordnete Bayer und Petersen

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Antrag der FDP-Fraktion betr. Nutzung der Freibäder Bad Wilhelmshöhe und Harleshausen, 101.17.304, wird **abgelehnt**.

26. **Museumskonzept für die "Grimm-Welten"**

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.17.311 -

Geänderter Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, im Ausschuss für Kultur **weiterhin** über den **jeweils aktuellen** Planungsstand zur inhaltlichen Gestaltung des neuen Brüder-Grimm-Museums am Weinberg zu informieren.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem geänderten Antrag der CDU-Fraktion betr. Museumskonzept für die "Grimm-Welten", 101.17.311, wird **zugestimmt**.

27. **Grabsteine vom Altstädter Friedhof im Hessischen Landesmuseum**

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.17.312 -

Geänderter Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, gemeinsam mit der Museumslandschaft Hessen Kassel für die weitere denkmalgerechte Unterbringung der seit 1939 in den Kellern des Landesmuseums eingelagerten Grabplatten vom Altstädter Friedhof zu sorgen. Die Grabplatten sollen mittelfristig eine angemessene, restauratorisch unbedenkliche, aber öffentlich zugängliche und eine ihrer ehemaligen Funktion entsprechende Aufstellung erfahren.

In einem ersten Schritt soll eine Umsetzungsplanung und Kostenermittlung erstellt und den Ausschussmitgliedern zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem geänderten Antrag der CDU-Fraktion betr. Grabsteine vom Altstädter Friedhof im Hessischen Landesmuseum, 101.17.312, wird **zugestimmt**.

28. Glasrelief Kassel des Graphikers und Künstlers Dieter von Andrian
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.313 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die zur Sicherung des von Dieter von Andrian geschaffenen und die Stadt Kassel darstellenden Glasreliefs erforderlichen Schritte einzuleiten. Das Kunstwerk soll möglichst bald und dauerhaft an einem öffentlichen Ort wieder gezeigt werden können.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Antrag der CDU-Fraktion betr. Glasrelief Kassel des Graphikers und Künstlers Dieter von Andrian, 101.17.313, wird **zugestimmt**.

Ende der Sitzung: 20:45 Uhr

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Schmidt
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

zur 8. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am
Montag, 30. Januar 2012, 16:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

Präsidium

Petra Friedrich, SPD
Stadtverordnetenvorsteherin

Volker Zeidler, SPD
Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher

Gabriele Jakat, SPD
Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin

Jürgen Blutte, B90 / Grüne
Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher

Georg Lewandowski, CDU
Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher



Stadtverordnete

Dr. Rabani Alekuzei, SPD
Stadtverordneter

Doğan Aydın, SPD
Stadtverordneter

Anke Bergmann, SPD
Stadtverordnete

Judith Boczkowski, SPD
Stadtverordnete

Barbara Bogdon, SPD
Stadtverordnete

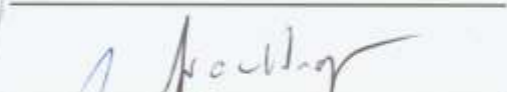
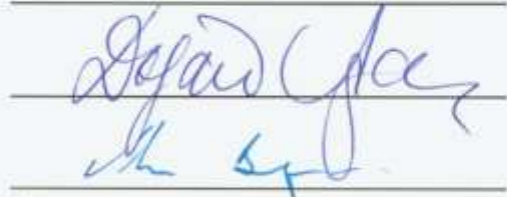
Kaja Börner, SPD
Stadtverordnete

Wolfgang Decker MdL, SPD
Stadtverordneter

Dr. Manuel Eichler, SPD
Stadtverordneter

Uwe Frankenberger MdL, SPD
Fraktionsvorsitzender

Christian Geselle, SPD
Stadtverordneter



Dr. Rainer Hanemann, SPD
Stadtverordneter

Hanemann

Hermann Hartig, SPD
Stadtverordneter

Dr. Bernd Hoppe, SPD
Stadtverordneter

Hoppe

Esther Kalveram, SPD
Stadtverordnete

E. Kalveram

Christian Knauf, SPD
Stadtverordneter

C. Knauf

Ellen Lappöhn, SPD
Stadtverordnete

Lappöhn

Heidemarie Reimann, SPD
Stadtverordnete

H. Reimann

Wolfgang Rudolph, SPD
Stadtverordneter

W. Rudolph

Dr. Günther Schnell, SPD
Stadtverordneter

G. Schnell

Monika Sprafke, SPD
Stadtverordnete

M. Sprafke

Norbert Sprafke, SPD
Stadtverordneter

~~immer~~

Harry Völler, SPD
Stadtverordneter

H. Völler

Sabine Wurst, SPD
Stadtverordnete

S. Wurst

Dieter Beig, B90 / Grüne
Stadtverordneter

entschuldigt

Dirk Döhne, B90 / Grüne
Stadtverordneter

entschuldigt

Ruth Fürsch, B90 / Grüne
Stadtverordnete

R. Fürsch

Christine Hesse, B90 / Grüne
Stadtverordnete

Hesse

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, B90 / Grüne
Stadtverordnete

M. van den Hövel-Hanemann

Dr. Andreas Jürgens MdL, B90 / Grüne
Stadtverordneter

A. Jürgens

Eva Koch, B90 / Grüne
Stadtverordnete

Eva Koch

Thomas Koch, B90 / Grüne
Stadtverordneter

T. Koch

Dorothee Köpp, B90 / Grüne
Stadtverordnete

Dorothee Köpp

Kerstin Linne, B90 / Grüne
Stadtverordnete

K. Linne

Anja Lipschik, B90 / Grüne
Stadtverordnete

Anja Lipschik

Boris Mijatovic, B90 / Grüne
Stadtverordneter

B. Mijatovic

Karin Müller MdL, B90 / Grüne
Stadtverordnete

Karin Müller

Gernot Rönz, B90 / Grüne
Fraktionsvorsitzender

G. Rönz

Joachim Schleißing, B90 / Grüne
Stadtverordneter

J. Schleißing

Karl Schöberl, B90 / Grüne
Stadtverordneter

K. Schöberl

Helga Weber, B90 / Grüne
Stadtverordnete

Helga Weber

Dr. Maik Behschad, CDU
Stadtverordneter

entschuldigt

Bernd-Peter Doose, CDU
Stadtverordneter

B. Doose

Norbert Hornemann, CDU
Stadtverordneter

N. Hornemann

Dominique Kalb, CDU
Stadtverordneter

D. Kalb

Wolfram Kieselbach, CDU
Stadtverordneter

entschuldigt

Stefan Kortmann, CDU
Stadtverordneter

S. Kortmann

Eva Kühne-Hörmann, Staatsministerin, CDU
Stadtverordnete

entschuldigt

Marcus Leitschuh, CDU
Stadtverordneter

Dr. Michael von Rüden, CDU
Stadtverordneter

entschuldigt

Bodo Schild, CDU
Stadtverordneter

Schild

Jutta Schwalm, CDU
Stadtverordneter

Schwalm

Waltraud Stähling-Dittmann, CDU
Stadtverordneter

W. Stähling-Dittmann

Birgit Trinczek, CDU
Stadtverordneter

Trinczek

Dr. Jörg Westerburg, CDU
Stadtverordneter

Jörg Westerburg

Dr. Norbert Wett, CDU
Fraktionsvorsitzender

entschuldigt

Simon Aulepp, Kasseler Linke
Stadtverordneter

Simon Aulepp

Kai Boeddinghaus, Kasseler Linke
Stadtverordneter

N. Domes Kai Boeddinghaus

Norbert Domes, Kasseler Linke
Fraktionsvorsitzender

N. Domes

Renate Gaß, Kasseler Linke
Stadtverordneter

Renate Gaß

Axel Seibert, Kasseler Linke
Stadtverordneter

Axel Seibert

Heinz Gunter Drubel, FDP
Stadtverordneter

H. G. Drubel

Frank Oberbrunner, FDP
Fraktionsvorsitzender

Frank Oberbrunner

Donald Strube, parteilos
Stadtverordneter

entschuldigt

Jörg-Peter Bayer, Piraten
Stadtverordneter

Jörg-Peter Bayer

Bernd Wolfgang Häfner, Freie Wähler
Stadtverordneter

Bernd Häfner

Olaf Petersen, Piraten
Stadtverordneter

Olaf Petersen

Ausländerbeirat

Kamil Saygin,
Vorsitzender des Ausländerbeirats

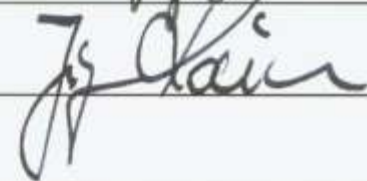


Magistrat

Bertram Hilgen, SPD
Oberbürgermeister



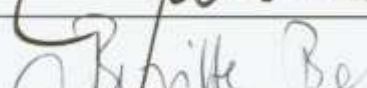
Jürgen Kaiser, SPD
Bürgermeister



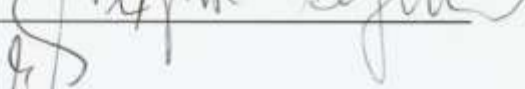
Dr. Jürgen Barthel, SPD
Stadtkämmerer

Anne Janz, B90 / Grüne
Stadträtin


Christof Nolda, B90 / Grüne
Stadtbaurat



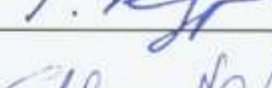
Brigitte Bergholter, SPD
Ehrenamtliche Stadträtin



Martin Engels, CDU
Ehrenamtlicher Stadtrat



Thomas Flügge, B90 / Grüne
Ehrenamtlicher Stadtrat



Esther Haß, SPD
Ehrenamtliche Stadträtin




Barbara Herrmann-Kirchberg, CDU
Ehrenamtliche Stadträtin



Hendrik Jordan, SPD
Ehrenamtlicher Stadtrat



Annett Martin, B90 / Grüne
Ehrenamtliche Stadträtin




Heike Mattern, B90 / Grüne
Ehrenamtliche Stadträtin



Hans-Jürgen Sandrock, SPD
Ehrenamtlicher Stadtrat



Heinz Schmidt, CDU
Ehrenamtlicher Stadtrat



Richard Schramm, B90 / Grüne
Ehrenamtlicher Stadtrat



Hajo Schuy, SPD
Ehrenamtlicher Stadtrat





Dr. Marlis Wilde-Stockmeyer, Kasseler Linke
Ehrenamtliche Stadträtin

Schriftführung

Edith Schneider,
-16-



Nicole Schmidt
Schriftführerin



Andrea Turski,
Schriftführerin